

Vatikan interveniert gegen kirchlichen Reformprozess in Deutschland

Bischofskonferenz und katholische Laien wollen am «synodalen Weg» festhalten

Klerikaler Machtmissbrauch, Zölibat, Sexualmoral - über diese Themen wollen sich katholische Bischöfe und Laien verständigen. Der Vatikan mahnt, dass diese Themen nicht in der Verantwortung einer Teilkirche liegen.

Bonn, Frankfurt a.M. (epd). Der Vatikan hat Einwände gegen den von der katholischen Deutschen Bischofskonferenz und katholischen Laien geplanten Reformprozess. Die Bischofskonferenz veröffentlichte am Freitag ein Schreiben aus dem Vatikan, das die Organisation des "synodalen Wegs" infrage stellt. So kritisiert das Gutachten des Päpstlichen Rates für Gesetzestexte die synodenähnliche Form, die Stimmberechtigung der beteiligten Laien und die Auswahl der Reformthemen. Bis Samstag tagen in Fulda Vertreter des ZdK und der Bischofskonferenz, um den "synodalen Weg" weiter vorzubereiten.

Der "synodale Weg", der am 1. Dezember, dem 1. Advent, beginnen soll, ist ein Beratungsprozess, an dem sowohl die deutschen Bischöfe als auch Vertreter des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) beteiligt sind. Bislang stehen vier Themenbereiche fest: die Aufarbeitung der Missbrauchsfälle in der Kirche und klerikaler Machtmissbrauch, die priesterliche Lebensform, die katholischen Sexualmoral sowie die Beteiligung von Frauen in Diensten und Ämtern der Kirche.

Diese Themen überschritten die Zuständigkeit einer Teilkirche, heißt es in dem Gutachten des Päpstlichen Rates, das auf den 1. August datiert ist und Anfang September nach Bonn geschickt wurde: "Wie kann eine Versammlung einer Teilkirche über Themen der Weltkirche beschließen und wie kann sich eine Bischofskonferenz von einer Versammlung dominieren lassen, von der die meisten Mitglieder keine Bischöfe sind?", heißt es in dem Schreiben. Der synodale Vorgang müsse sich demnach "im Leib einer hierarchisch strukturierten Gemeinschaft" vollziehen. Zwar könnten sich Laien an den Beratungen beteiligen, doch "die Entscheidung ist eine Verantwortung des Amtes".

Die Deutsche Bischofskonferenz verwies am Freitag darauf, dass das Gutachten des Päpstlichen Rats sich auf die Entwurfsfassung der Satzung mit Stand vom Juni 2019 beziehe, die jedoch nicht mehr aktuell sei. Der Vorsitzende der katholischen Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, will laut Mitteilung kommende Woche nach Rom reisen, um "etwaige Missverständnisse" auszuräumen.

Die künftige Satzung des "synodalen Wegs" sei noch nicht beschlossen und werde Thema auf der Herbst-Vollversammlung in Fulda kommende Woche sein. Nach den jetzigen Planungen umfasse der "synodale Weg" Themen, die jedes Land angehen müsse, und natürlich Themen, die die Weltkirche betreffen. "Was die Themen der Weltkirche angeht, ist für uns völlig klar: Es gibt keinen deutschen Sonderweg", sagte eine Sprecherin der Bischofskonferenz dem Evangelischen Pressedienst (epd).

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Thomas Sternberg, sagte, das ZdK unterstütze die Bischofskonferenz in ihrem Festhalten am "synodalen Weg". Man werde die Vorbereitungen fortsetzen. "Glaubt irgendjemand, man könne in einer solchen Krise der Kirche das freie Gespräch, das nach Ergebnissen und notwendigen Reformschritten sucht, unterdrücken?", sagte Sternberg.

Die Reformbewegung "Wir sind Kirche" forderte die Bischöfe auf, sich nicht von dem Brief einschüchtern zu lassen. Dieser scheine nicht nur von falschen Voraussetzungen auszugehen, sondern halte an einem monarchischen Kirchenverständnis fest, teilte die Organisation am Freitag mit. Das klerikale Machtsystem habe jede moralische Autorität verloren.

<https://www.evangelisch.de/inhalte/160288/13-09-2019/vatikan-intervenierte-gegen-kirchlichen-reformprozess->

[deutschland](#)

Zuletzt geändert am 14.09.2019